

Stadt und Kanton wollen Zeughaus erhalten

Anders als vorgesehen will die Stadt eine Machbarkeitsstudie zum Erhalt des Museums im Zeughaus auf der Breite erarbeiten lassen. Das dem Kanton gehörende Gebäudeensemble sollte ursprünglich abgerissen und das Areal an die Stadt verkauft werden.

Mark Liebenberg

Die nun seit Jahren anhaltenden Querelen rund um die Zukunft des Zeughausareals haben gestern eine neue Wendung bekommen. In einer gestern gemeinsam verschickten Erklärung bekräftigen Stadt und Kanton Schaffhausen, das heutige Gebäude des «Museums zum Zeughaus» erhalten zu wollen. Bisher war es die Absicht des Kantons gewesen, das Areal nach dem Auszug der jetzigen Nutzer – darunter vor allem auch des privaten Museums im Zeughaus – dem Erdboden gleichzumachen und an die Stadt zu verkaufen.

Die Stadt sah dieses Vorgehen noch vor einem Jahr als ein Herzstück im Rahmen einer «Testplanung» für das Gebiet der Vorderen Breite: Das Gebäudeensemble sollte einer freien Fläche für neue Nutzungen weichen. Der Stadtrat sah darin ein «groses Potenzial für das Quartier und die Gesamtstadt in den in der Synthese der Testplanung skizzierten Nutzungen».

Museum hat eigenen Plan entwickelt

Der über 700 Mitglieder zählende Verein und die Stiftung des Museums hatten gegen die Pläne mobil gemacht, seit sie im Jahr 2019 in eine Vernehmlassung geschickt wurden. Das auf Militärgeschichte spezialisierte Museum setzte sich für seinen Verbleib in einem der Bauten und für das ganze Areal ein. In einer am kommenden Wochenende eröffnenden Ausstellung, welche das 150-jährige Bestehen des Zeughausareals zum Thema hat, wollten die Verantwortlichen um den Stiftungsratspräsidenten Martin Huber zudem einen möglichen Weg aufzeigen, um nicht nur das Museum, sondern das ganze Areal zu erhalten und anders zu nutzen.

Wie Huber diese Woche gegenüber dem Schaffhauser Fernsehen sagte, beabsichtigten die Verantwortlichen, eine gemeinnützige Genossenschaft ins Leben zu rufen und das Areal vom Kanton in Baurecht zu übernehmen und selber zu entwickeln – dies obwohl es zwischen Kanton und Stadt eine Absichtserklärung zum Verkauf gibt. Aber die Museumsverantwortlichen erachten die Testplanung Vorderer Breite der Stadt als «weitgehend gescheitert». Daher sei man auf diese Idee gekommen, um die Gebäude (und damit den Museumsstandort) zu erhalten.

Just in der Woche vor der Eröffnung der Ausstellung, in der dieser Plan samt möglichen Nutzungen präsentiert werden soll, haben sich nun gestern die Stadt und der Kanton vernehmen lassen. Im Zusammenhang mit der Gestaltung der Allmend will der Stadtrat «den Umgang mit der Nutzung



Wenigstens jenes Gebäude, in dem das Museum im Zeughaus untergebracht ist, soll neuerdings stehen bleiben.

BILD MELANIE DUCHENE

des Zeughauses detaillierter untersuchen». Er habe die Stadtplanung beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kanton als Eigentümer des Areals, den heutigen Nutzern und dem Quartierverein «Varianten zu prüfen, wie das Museum im Zeughaus in Verbindung mit den vorgesehenen Raumnutzungen für Allmend und Sportfelder erhalten werden könnte».

Das heisst konkret: Der Abriss jenes Gebäudes, in dem sich das Museum heute befindet, ist so gut wie vom Tisch. Das bestätigt die städtische Baureferentin Katrin Bernath auf Anfrage: «In der Testplanung, bei der auch der Kanton als Eigentümer wichtiger Areale involviert war, wurde abweichend von der Vereinbarung der Erhalt des Zeughauses vorgeschlagen. In Absprache zwischen Kanton und Stadt wird nun diese

Variante weiterverfolgt.» Das bedeutet aber auch: Die anderen Gebäude auf dem Areal möchte die Stadt nach wie vor abreißen.

Der Kanton beabsichtige weiterhin, das zentrumsnahe und städtebaulich wichtige Areal nach dem Auszug der eigenen Nutzer an die Stadt zu veräussern. Zunächst aber solle eine Machbarkeitsstudie aufzeigen, was drinliegt. Ein Planerteam sei bereits bestimmt worden, welches seine Arbeit in den kommenden Wochen aufnehmen werde, sagt Bernath: «Der Quartierverein Breite, das Museum im Zeughaus sowie weitere Organisationen, die an der Vernehmlassung 2019 teilgenommen haben, werden in den Prozess miteinbezogen.»

Die Studie soll unter anderem Grundlagen zu Kosten liefern sowie für die Ausarbeitung der künftigen Organisation und

Trägerschaft in Abhängigkeit der geplanten Nutzungen.

Bernath verwahrt sich auch dagegen, dass die Testplanung gescheitert sei, wie es vonseiten der Museumsverantwortlichen heisst. Der Stadtrat habe bereits Ende 2020 entschieden, die Planung mit Anpassungen im Sinne der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung weiterzuverfolgen. «Dies entspricht einem üblichen Planungsprozess. Anpassungen aufgrund von Rückmeldungen aus der Vernehmlassung kann man nicht als Scheitern beurteilen.»

Der Stadtrat habe nun überdies zugesichert, die Vertreter des Vereins zu einem Gespräch einzuladen, wenn die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie vorliegen und es um die Beurteilung der nun zu erarbeitenden Varianten geht.

VIDEO
Martin Huber und Richard Sommer im Schaffhauser Fernsehen, «Hüt im Gschpröch», ab 18 Uhr unter www.shn.ch/click

FDP nimmt umstrittene Tempo-30-Strecke ins Visier

Wegen des Lärmschutzes gilt an der Fischerhäuserstrasse Tempo 30. Für viele Autofahrer ist dies ein Ärgernis. Nicht zuletzt wegen den Radaranlagen, mit denen dort regelmässig Kasse gemacht wird. Nun setzt sich die FDP mit einer Initiative gegen Tempo 30 an stark befahrenen Strassen ein.

Andreas Kurz

SCHAFFHAUSEN. Die Tempo-30-Strecke an der Fischerhäuser- und Buchthalerstrasse bewegt die Gemüter. «Reine Schikane», «schlecht platzierte Tempo-30-Tafeln» oder «absolut idiotisch» lauten einige Kommentare auf Facebook. Dass die Schaffhauser Polizei

dort regelmässig ihre Radaranlagen hinstellt, um das Tempolimit durchzusetzen, steigert die Akzeptanz der 30er-Strecke unter den Automobilisten auch nicht unbedingt. Die Behörden betonen jedoch, dass auf dem Abschnitt alles rechtens sei. Die Stadt sei gemäss Lärmschutzverordnung verpflichtet, Massnahmen zu ergreifen. Und die Schaffhauser Polizei hält fest, dass die angebrachte Signalisation korrekt sei und den Vorschriften entspreche.

«Sicher keine Wohnstrasse»

Doch jetzt könnte die umstrittene Tempo-30-Strecke von anderer Seite unter Beschuss kommen. Die FDP Stadt Schaffhausen hat an ihrer Jahresversammlung beschlossen, eine Volksini-

tiative gegen Tempo 30 auf «verkehrsorientierten Strassen» zu lancieren. Das dazu notwendige Budget wurde bereits bewilligt (die SN berichteten).

Laut Parteipräsident Stephan Schlatter könnte auch der Streckenabschnitt an der Fischerhäuserstrasse davon betroffen sein. «Die Fischerhäuserstrasse verbindet Buchthalen und Büsingen mit der Stadt, ist also sicher keine Quartierstrasse und keine Wohnstrasse», sagt Schlatter. «Von dem her könnte mit der Initiative dort Tempo 30 vielleicht wieder aufgehoben werden.» Das Problem dieser Tempo-30-Zone ist aus Schlatters Sicht, dass sie quer in der Landschaft steht. «Die Verkehrsteilnehmer sehen keine Gefahr, keine Hindernisse und keine spielenden Kinder», so der FDP-Präsident. «Warum sollten sie

dort 30 fahren? Wegen angeblichen Autoposern?» Für die Mehrheit sei dies nicht nachvollziehbar.

Ähnliche Initiative in Zürich

Zwar bezeichnet auch Schlatter die regelmässigen Tempokontrollen an der Fischerhäuser- und Buchthalerstrasse als «klare Abzocke und Geldmacherei». Die Initiative habe er aber nicht speziell deshalb lanciert. «Der Grund ist die immer weitere Ausdehnung und grössere Anzahl an Tempo-30-Zonen», sagt Schlatter. Weiter sei in der Stadt Schaffhausen ein Postulat hängig, das Tempo 30 in der Nacht flächendeckend einführen möchte. «Sollte das angenommen werden, wäre es nur noch ein kleiner Schritt zu einer flächendeckenden Temporeduktion auf 30 Stundenkilometer.

Das wollen wir unbedingt verhindern. Das ist nicht praktikabel.»

Im Kanton Zürich lancierte die FDP bereits vor einem halben Jahr ein ähnliches Vorhaben. Dies nachdem der Zürcher Stadtrat einen Grundsatzentscheid fällte, wonach auch auf Hauptverkehrsachsen grundsätzlich Tempo 30 gelten soll. Mit der sogenannten «ÖV-Initiative» will die Zürcher FDP erreichen, dass der öffentliche Verkehr nicht behindert werden darf. Das ist direkt gegen Tempo 30 auf Hauptachsen gerichtet, da dort auch fast immer der öffentliche Verkehr durchführt. Da verschiedene Tempi für ÖV und den Autoverkehr unterschiedlich zu bewerkstelligen sind, würde durch die Gesetzesänderung die Einführung von Tempo 30 auf Hauptstrassen insgesamt erschwert.